

Keine Zelle frei: Polizei lässt Zuwanderer laufen

In Gütersloh kam sogar ein Sexualstraftäter auf freien Fuß

Von Christian Althoff

Büren (WB). »NRW hat zu wenig Abschiebehaftplätze«, warnte GdP-Landeschef Arnold Plickert im Januar. Das Landesinnenministerium wiegelte damals ab. Jetzt mussten Polizisten in Leverkusen und Gütersloh vier Männer freilassen, weil es keine Zellen für sie gab.

Abgelehnte Asylbewerber, die nicht freiwillig ausreisen, können in Abschiebehaft genommen werden. Allerdings dürfen sie nicht in normalen Gefängnissen untergebracht werden. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs zwingt Deutschland, eigene Haftanstalten für Zuwanderer vorzuhalten. In NRW ist das die Abschiebehaftanstalt in Büren.

Im aktuellen Fall hatte die Stadt Gotha (Thüringen) einen wegen Diebstahls vorbestraften Mazedonier (22) zur Fahndung ausgeschrieben. Sein Asylantrag war abgelehnt worden, und er war untergetaucht. Anfang April geriet er in Leverkusen in eine Polizeikontrolle und wurde festgenommen. Die dortige Ausländerbehörde fragte in den Abschiebehaftanstalten Büren, Ingelheim (Rheinland-Pfalz) und Pforzheim (Baden-Württemberg) nach. Büren und Ingelheim waren belegt, und einen Transport nach Pforzheim konnte die Zentrale Ausländerbehörde Köln nach eigenen Angaben nicht organisieren. Die Polizei ließ den Mazedonier notgedrungen frei.

Das NRW-Innenministerium sagt, Thüringen sei für den Mann zuständig gewesen, was der Landkreis Gotha bestreitet. Sprecher Adrian Weber: »Es ist üblich, dass sich das Bundesland, in dem ein Ausreisepflichtiger aufgegriffen wird, um seine Abschiebung kümmert.«

Drei weitere Fälle haben sich nach WESTFALEN-BLATT-Informationen im Kreis Gütersloh ereignet. Ein slowakischer Sexualstraftäter, der in Thüringen seine Haftstrafe verbüßt hatte und abgeschoben worden war, war illegal nach Deutschland zurückgekehrt. Der EU-Bürger, in dessen Pass eine Einreisesperre für Deutschland steht, ging Gütersloher Polizisten ins Netz. Thomas Häbig vom Ausländeramt der Stadt bestätigt: »Wir konnten den Mann nicht abschieben, weil in Büren keine Zelle mehr frei war. Die Polizei musste ihn laufenlassen.« Das Gleiche erlebten Mitarbeiter des Ausländeramts beim Kreis Gütersloh. Sprecher Jan Focken sagte, man habe am 28. März einen Pakistaner und am 3. April einen illegal eingereisten Straftäter freilassen müssen.

Der FDP-Landtagsabgeordnete Marc Lürbke sagte, die Platznot in Büren habe sich lange abgezeichnet: »Anfang Januar habe ich klipp und klar auf das Problem hingewiesen und eine sofortige Aufstockung gefordert, aber davon wollte das Land nichts wissen.« Der CDU-Landtagsabgeordnete und Asylxperte André Kuper sprach von einem »eklatanten

Versagen des Innenministers«.

Im Februar beschloss das Innenministerium, mehr Haftplätze in Büren zu schaffen. Inzwischen sind es 120. Lürbke: »Zu wenig, wie die aktuellen Fälle zeigen.« **S. 4: Kommentar**

Jäger riskiert Opfer

Wer auch immer in der künftigen Landesregierung Innenminister sein wird: Er hat jede Menge zu tun, um die Sicherheitslücken zu schließen.

Der Abzug von Polizisten und Streifenwagen aus ländlichen Behörden, die unterbesetzten Leitstellen, in denen Notrufe verloren gehen, das zögerliche Agieren im Fall Anis Amri – das alles hat Innenminister Ralf Jäger (SPD) zu verantworten. Und jetzt das: Ausländerämter in NRW können ausreisepflichtige Straftäter oder Asylbewerber nicht in Abschiebehaft schicken, weil es zu wenig Haftplätze in Büren

gibt. Vier Fälle wurden gestern bekannt, tatsächlich dürften es landesweit Dutzende sein.

Jäger riskiert, dass Bürger zu Opfern werden, weil er nicht einmal die Abschiebung Krimineller geregelt bekommt. Dabei war das ein Problem mit Ansage: Polizeigewerkschaft und Teile der Opposition haben rechtzeitig auf fehlende Plätze hingewiesen.

Die Abschiebehaftanstalt Büren hat Zellen genug. Was fehlt, ist Personal. Aber das stellt Jäger ja meist erst ein, wenn er seinen Posten in Gefahr sieht – wie nach der Silvesternacht von Köln.

Christian Althoff